

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Presse,

Am 17.02.2007 stand in den Westfälischen Nachrichten folgender Artikel: Zitat:

“Frohe Kunde für Lüdinghausener Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für deren politische Vertreter im Rat hatten Bürgermeister Richard Borgmann und Kämmerer Werner Tuschmann in der vergangenen Sitzung des Stadtrates. Im jetzt rechnerisch abgeschlossenen Haushaltsjahr 2006 wurde ein Haushaltsüberschuss von 759.000 Euro erzielt. Die Summe, so skizzierte Tuschmann im Einzelnen, setze sich aus zwei Posten zusammen: Zum einen sei eine ursprünglich geplante Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 359.000 Euro nicht nötig gewesen, zum anderen sei durch Mehreinnahmen ein Betrag von 400.000 Euro in die Stadtkasse geflossen. Diese Summe könne nun der Rücklage zugeführt werden. Diese bezifferte Borgmann auf aktuell 3,45 Millionen Euro.“

Schön wärs. Aber das stand am 17.02.07 nicht im Lüdinghausener, sondern im Sendener Lokalteil und die frohe Kunde verbreiteten Sendens Bürgermeister Holz und sein Kämmerer Wiescher.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

genau dort müssen wir hinkommen. Diese frohe Kunde wollen wir in Lüdinghausen endlich auch einmal hören.

Kaum für möglich haben wir die Entwicklung in 2006 gehalten. Steigende Gewerbesteuererinnahmen, höhere Schlüsselzuweisungen und ein gestiegener Anteil an der Einkommensteuer haben dazu geführt, dass wir 2007 einen strukturell fast ausgeglichenen Haushalt vorliegen haben. Das Damoklesschwert aus 2005, dieser Fehlbetrag von 3,1 Mio. Euro konnte gestemmt werden.

Der Verwaltungshaushalt schließt in der Summe mit 38.388.000 Euro, der Vermögenshaushalt mit fast 11 Mio. ab.

Im Einzelnen werde ich noch darauf zu sprechen kommen. Zunächst einmal gilt der Dank unserer Fraktion an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Verwaltung für die offene Zusammenarbeit im letzten Jahr.

Lüdinghausen kann auch 2007 selbst gestalten. Das ist im Kreis Coesfeld nicht die Regel.

60% der Bürgerinnen und Bürger im Kreis leben unter einem Haushaltssicherungskonzept. Als letztes Glied in der kommunalen Familie haben die Städte und Gemeinden das umzusetzen, was Kreis, Land und Bund vorgeben, ohne aber ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Die Krise der kommunalen Finanzen wird daher immer mehr zu einer Krise der kommunalen Selbstverwaltung. Die Aufgaben, die Kommunen per Gesetz übernehmen müssen, nehmen zu. Das

Konnexitätsprinzip (wer bestellt, bezahlt) funktioniert immer noch nicht. Hierzu der Städte- und Gemeindebund in einer gestrigen Presseerklärung: „Insgesamt verbleibe vor dem Hintergrund der auseinander laufenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nach wie vor kein Spielraum für dringend benötigte Investitionen. Die Kommunen fallen weiterhin als wichtiger Impulsgeber für die mittelständische Wirtschaft aus, so der Vorsitzende Schneider. Die Forderungen nach kostendeckender finanzieller Ausstattung der Städte und Gemeinden müssen nach Berlin und Düsseldorf gehen. Aber auch nach Coesfeld. 5 Mio. Euro Einsparpotentiale hat die GPA im Kreis aufgezeigt. Das muss auch umgesetzt werden, denn der größte Ausgabenblock, die Kreisumlage belastet den Lüdinghausener Haushalt 2007 mit über 10 Mio. Euro, das sind pro Bürger 400 Euro. Der Durchschnitt in NRW beträgt 342 Euro, also ein gravierendes Missverhältnis, was dringend aufgearbeitet werden muss. Was wir hier machen müssen ist der Versuch, durch Streichungen von Leistungen und durch Gebührenerhöhungen Handlungsspielräume zu erlangen, die uns von Bund, Land und Kreis, aber auch durch verfehlte Kommunalpolitik der Mehrheitsfraktion in der Vergangenheit genommen worden sind. Von Ihnen Herr Borgmann, hätte ich mehr Nachdruck bei ihren Parteifreunden als Sprecher der Bürgermeister im Kreis erwartet. Genau so enttäuscht sind wir über ihre Passivität bzgl. der Änderung der Gemeindeordnung durch die FDP Landesregierung. Es fehlt die deutliche Stellungnahme insbesondere zum § 107 GO, auch wenn es Lüdinghausen nur indirekt betrifft. 25000 Menschen, darunter auch Lüdinghausener Bürgerinnen und Bürger, haben am 07.03 bei strömendem Regen gegen die Landespolitik in Düsseldorf demonstriert. Andere CDU-Bürgermeister haben hier mehr Rückgrat bewiesen, und es zeichnet sich zumindest ein Teilerfolg ab.“

Lüdinghausen entwickelt sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Der Zug „Bürgerhalle „ im alten DKV-Gebäude rollt, das gegenüberliegende ehemalige Dixi-Gebäude soll zu einem Kinderland und Bowling-Center umgebaut werden. Damit wird das ganze Bahnhofsgelände aufgewertet. Um an Fördermittel zu kommen wurde das betreffende Gelände der DKV als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Vorher hatten sich 2 Investorengruppen um das Vorkaufsrecht des Grundstückes beworben. Die sozialdemokratische Ratsfraktion hat diesen Prozess immer positiv, aber auch kritisch begleitet. Mittel aus dem Haushalt dürfen und können aus unserer Sicht nach wie vor nicht dafür verbraucht werden. Den Investoren wünschen wir aber viel, und vor allem dauerhaften Erfolg.

Weitere Baumaßnahmen wurden Ende des Jahres begonnen. Bruno Kleine – man glaubt es kaum - und Edeka werden das Bild der Konrad Adenauer Straße im nächsten Jahr deutlich verändern und sind sicherlich ein Zugewinn für unserer Stadt. Das Verwaltungsgebäude von Chalet im Gewerbegebiet Tetekum prägt schon jetzt das Bild an der Olfener Straße. Hier wird deutlich, dass sich Lüdinghausen nachhaltig trotz der angespannten Situation weiter entwickelt. Es sind private Investitionen, die unsere Stadt nach vorne bringen, kommunale Investitionen können mangels Masse kaum statt finden. Es spiegelt aber auch wieder, wie attraktiv Lüdinghausen sich präsentiert und es muss auch erwähnt werden, dass diese Investitionen nicht zuletzt auch dem Geschick unseres Bürgermeisters und seiner Verwaltung zuzuschreiben sind.

Nicht vergessen dürfen wir dabei die Innenstadt. Die Initiative „Innenstadtoffensive“ muss dazu beitragen, dass die Innenstadt dem wachsenden Druck aus den Subzentren Marktkauf und Konrad-Adenauer Straße entgegentreten kann mit einem breiten, attraktiven und unverwechselbarem Angebot. Dann bieten diese Subzentren auch eine Chance für die Innenstadt. Aber hierbei können wir uns nicht nur auf private Investoren verlassen, dazu

gehört auch die weitere Verbesserung der Innenhöfe und auch die Umgestaltung des Bürgermeistervorplatzes.

Nach wie vor halten wir Lüdinghausener Sozialdemokraten den durchgängigen Bau der 474 n - das Dülmener Teilstück ist gerade fertig geworden – für notwendig. Daher haben wir auch am Dienstag der Alternative K 8 n zugestimmt, auch wenn dort auf der jetzigen Trasse wie der Presse zu entnehmen war von einigen Landwirten Doppelkopf gespielt wird. Dieser Lückenschluss ist für die Seppenrader und Lüdinghausener Bürgerinnen und Bürger notwendig, daher ist das Geld, was wir als Stadt dafür leider ausgeben müssen, auch eine richtige Investition in die Zukunft. Wie notwendig dieser Lückenschluss ist, zeigen auch die zahlreichen Anträge in den verschiedenen Ausschüssen. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Grünen haben diese Anträge unterstützt und an die zuständige Behörde überwiesen. Es ist schon grotesk, dass sich die Grünen hier sogar gegen eine durchgängige Radwegeverbindung ausgesprochen haben.

Positiv ist, dass der Straßenendausbau im Paterkamp und Kranichholz vollzogen werden kann und die Bürger dort endlich die Leistungen bekommen, für die sie vor ein paar Jahren bezahlt haben.

Zum Haushalt selbst:

Der Haushalt wurde bewusst spät eingebracht damit die ersten Ergebnisse der GPA – die ein Konsolidierungskonzept des Haushaltes aufstellen soll – in die Haushaltsberatungen einfließen können. Die GPA – und das sollte man auch bedenken – ist eine Landesbehörde, die natürlich auch die Interessen des Landes zu berücksichtigen hat. Als erstes wurden als kurzfristig umzusetzende Maßnahmen Steuererhöhungen vorgeschlagen.

Es ist ein Haushalt, der trotz guter Perspektiven immer noch ein strukturelles Defizit aufweist. Tafelsilber muss erneut zum Ausgleich verkauft werden.

Trotz erheblicher Mehreinnahmen gelingt der Ausgleich nur, weil wir außerdem das Abwasserwerk melken. Wie von der GPA vorgeschlagen wurde 1 Mio. Euro Eigenkapital aus dem Abwasserwerk gezogen, das restliche Eigenkapital soll mit 1 % verzinst werden. Die Vorschläge der GPA gingen noch weiter, doch eine höhere Belastung ist den Bürgerinnen und Bürgern heute noch nicht zuzumuten. Daher haben wir auch auf Vorschlag der Verwaltung darauf verzichtet, die Verzinsung gleich mit 3% anzusetzen und die Grundsteuern A und B in diesem Jahr schon zu erhöhen.

Die neuen Abwassergebühren belasten einen 4-Personen-Haushalt mit Mehrkosten von jährlich ca. 120 Euro. Unsere Bürgerinnen und Bürger lassen sich diese Erhöhung so ohne weiteres aber nicht gefallen. Leserbriefe spiegeln den Unmut wieder, die KFZ-Innung ruft ihre Mitglieder und Mitarbeiter auf, Einspruch gegen die Bescheide einzulegen, der Bund der Steuerzahler ist eingeschaltet worden; und sie haben ja Recht. Auch wenn die Verwaltung, die GPA und die CDU es anders sehen, es gibt Spielräume und unterschiedliche Berechnungsmöglichkeiten der Gebühren, das habe ich oft genug gesagt und erspare mir das heute. Die SPD-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass das Abwasserwerk – wie im Betriebsausschuss immer wieder betont wird – aus betriebswirtschaftlicher Sicht auf gesunden Füßen steht. Krank ist das Abwasserwerk nur nach KAG durch die Vorschläge der GPA. Ich frage mal ketzerisch, wer soll das verstehen, wenn wir heute die Gebühren drastisch anheben und im Dezember verkündet der Betriebsleiter stolz einen Gewinn von 1,7 Millionen Euro im Abwasserwerk. Was machen wir denn dann mit den 1,7 Mio. Euro? Überweisen wir das wieder als Gewinnabführung an die Stadt zum Ausgleich des Haushaltes 2008??

Wir wären rechtlich nicht gezwungen gewesen, diese Steuern zu erhöhen. Aber die Aussage von Herrn Schlütermann, dass wir den Bürgern hier jahrelang Geschenke gemacht haben ist schlicht und ergreifend falsch. Und um dem noch eins drauf zu setzen, glauben die Grünen das Märchen von den wundersamen Geschenken und der schwarze Peter im Grünen Rock verlangte Rechenschaft von der Verwaltung, warum wir die Gebühren nicht früher schon so berechnet haben. Wir haben dem Bürger hier nie etwas geschenkt, unsere Gebühren hätten auch bürgerfreundlicher, das heißt niedriger sein können, wenn nach den Anschaffungskosten und nicht nach dem Wiederbeschaffungszeitwert abgeschrieben worden wäre. Diese Gebührenerhöhung ist nur notwendig, weil sie ein maßgeblicher Baustein zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes ist und resultiert ursächlich aus der schlechten Finanzlage und der Misswirtschaft in der Vergangenheit. Sie ist nicht damit zu begründen, dass die Gebühren früher nicht kostendeckend berechnet worden wären.

Dieses Thema ist mit der heutigen Sitzung noch nicht zu Ende. Ob die neue Berechnung der Gebühren letztendlich auch rechtlich Stand halten kann, vermag ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Insbesondere was die Eigenkapitalentnahme, die Verzinsung und den Abschreibungszeitraum von 50 Jahren betrifft sind durch die Aussagen des Bundes der Steuerzahler, der übrigens ähnlich wie die GPA Kommunen berät, in unserer Fraktion erneut Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Gebührenberechnung aufgekommen. Wir werden uns daher dem Punkt 10 der TOP enthalten.

In der Schullandschaft wird die offene Ganztagsgrundschule weiter ausgebaut. Von der CDU früher immer kritisiert werden heute die Vorzüge von allen Parteien gesehen, auch von der CDU. Sowohl in Seppenrade an der Mariengrundschule als auch in der Ostwallschule wird investiert, und das begrüßen wir ausdrücklich. 1 Mio. Euro werden zur Erweiterung der Ganztagsbetreuung den Grundschulen zur Verfügung gestellt und vor dem Hintergrund von Pisa war das längst überfällig.

In die Feuerwehr wird weiter investiert. Die neuen Gebäude stehen, ein neues Tanklöschfahrzeug muss angeschafft werden. Auch diese Investitionen sind richtig.

Die Sportanlage Seppenrade wird gebaut. Schwierige Verhandlungen werden geführt und bis heute ist der Knoten noch nicht endgültig durchgeschlagen. Das wir aber kurz vor dem Ziel sind, ist nicht zuletzt auch dem Engagement des Jugend- und Sportausschussvorsitzenden zuzuschreiben. Im Haushalt steht der Bau von 2 Kunstrasenplätzen für Fortuna Seppenrade, deren Finanzierung noch nicht endgültig geklärt ist. Die SPD-Fraktion ist von der Notwendigkeit dieser Kunstrasenplätze überzeugt. Sie verursachen deutlich weniger Folgekosten und sind ganzjährig bespielbar. Unsere Vereine leisten den Löwenanteil der Jugendarbeit, müssen aber bereits Mannschaften abmelden, da der Spielbetrieb nicht gewährleistet werden kann.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Grundvoraussetzung für die Herausforderungen an die Stadtpolitik ist die Schaffung und der Erhalt leistungsstarker Infrastrukturen für Kinder und Familien und das gilt auch für Seppenrade. Wir weisen in Seppenrade richtigerweise Baugebiete aus, hoffen dass sie auch angenommen werden. Gerade auch vor diesem Hintergrund sind die Kunstrasenplätze als Teil einer Infrastrukturmaßnahme zu sehen. Das gleiche gilt für den anderen großen Verein, Union 08. Auch hier haben wir erheblichen Bedarf, Mittel stehen dafür auch dieses Jahr nicht zur Verfügung. Daher muss mit beiden Vereinen unbedingt eine Einigung erzielt werden, zunächst mit Seppenrade für 2 Kunstrasenplätze.

Im Zuge der Haushaltsberatung wurden die Mittel für die Wirtschaftswege auf Antrag der CDU-Fraktion wie im letzten Jahr auf 90.000 Euro erhöht. Im HFA am Dienstag wurde bereits heftig darüber gestritten. Herr Dr. Wald – ich frage mich wirklich, was das soll. Auch Sie haben doch an der interfraktionellen Arbeitsgruppe teilgenommen. Eigentlich müssen wir viel mehr in die Wirtschaftswege investieren und die Flickschusterei beenden. Diese 20.000 Euro mehr ist doch wieder einmal Sand in die Augen der Landwirte streuen. Ob ich 70.000; 90.000, 150.000 oder 50.000 Euro in den Haushalt für die Wirtschaftswege schreibe ist doch ohne jede Bedeutung. Was dringend gemacht werden muss, wird auch gemacht. Auch der Argumentation von Anton Holz, die Schulbusse würden diese Schäden verursachen vermag ich nicht zu folgen. Als wenn das immer schwerer werdende landwirtschaftliche Gerät nicht den größten Teil der Schäden oder des Verschleißes auf den Wegen verursachen würde. Für dumm verkaufen lassen wir uns nicht. Warten wir daher die Bewertung der Wirtschaftswege nach NKF ab und erstellen auf dieser Basis ein vernünftiges Sanierungskonzept. Dann schmeißen wir auch kein Geld unnütz und ohne Konzept aus dem Fenster. Verstehen kann ich die Ansatzserhöhung auch nur als eine Hommage an die Landwirte, um nicht das Wort Klientelpolitik benutzen zu müssen. Wenn sie solche Versprechungen machen, Herr Dr. Wald, brauchen wir uns im interfraktionellen Kreis nicht mehr zu treffen. Dann zweifeln wir an der Ernsthaftigkeit ihrer Konsolidierungsabsicht. Dann sind das bloße Lippenbekenntnisse, wenn Herr Schlütermann dazu aufruft, an der grundlegenden Konsolidierung des Haushaltes weiter zu arbeiten. Sie wissen, dass eben diese Erhöhung bereits letztes Jahr für Zündstoff gesorgt hat. B90 / Grüne haben aus diesem Grunde den Haushalt abgelehnt. Wollen Sie erneut die Begründung für die Ablehnung des Haushaltes liefern? Gerade jetzt, wo in der interfraktionellen Arbeitsgruppe Einigkeit gefordert ist. Wir sagen ihnen, damit gefährden Sie die Konsolidierungsbemühungen.

Diese Arbeitsgruppe hat bisher gemeinsam mit der Gemeindeprüfungsanstalt und der Verwaltung Maßnahmen erarbeitet, die zur Konsolidierung des Haushaltes führen sollen. Ich möchte ausdrücklich das bisher angenehme sachliche Klima und die zielorientierte Arbeitsweise in dieser Gruppe herausstellen und möchte in diesem Klima auch weiter arbeiten.

In Lüdinghausen brauchen wir eine Perspektive, die uns Handlungsspielräume aufzeigt. Handlungsspielräume, die in der Vergangenheit nur durch den Verkauf von Vermögen möglich wurden. Die Zeiten der Grundstücksverkäufe sind aber nun einmal vorbei. Die Aktien der RWE als weiteres Tafelsilber sind auch weg. Zwingend notwendig ist es, mittelfristig wieder Überschüsse im Verwaltungshaushalt zu erwirtschaften und damit das Vermögen der Stadt zu mehren.

Sicher haben der Rat und die Verwaltung auch zu dieser Entwicklung beigetragen, Fehler haben wir bei unseren Beschlüssen auch gemacht und wir als SPD stellen uns jetzt nicht hin und sagen wir haben da ja nicht zugestimmt. Das wäre zu einfach, sich zurückzulehnen und sich so aus der politischen Verantwortung zu stellen. Verantwortlich ist man nicht nur für das was man tut sondern auch für das was man nicht tut.

Oberste Priorität muss aber jetzt die Haushaltskonsolidierung haben. Sie wird heute durch die besseren Rahmenbedingungen nicht entschärft, sie wird im Gegenteil noch mehr zur Pflicht. Es wäre kaum zu verstehen, wenn man diese günstigen Zeiten zur Konsolidierung nicht nutzen würde.

Jeder hier hat die Kernaussagen der Pestel-Studie im Ohr. Die demographische Entwicklung wird die Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren verändern. Daher sind wir es allein schon der Generationengerechtigkeit wegen schuldig, weiterhin den steinigen Weg der Konsolidierung zu gehen und so wird man auf diesem Weg auch den einen oder anderen Stein des Anstoßes in Form von Kürzungen und Gebührenerhöhungen finden, die zur Erreichung des Zieles unvermeidbar sind.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

einer Tageszeitung war zu entnehmen.“ Der Kampf um die jungen Familien hat begonnen“. Wir konkurrieren mit anderen Gemeinden um junge Familien, gewähren Nachlässe beim Grundstückskauf. Nordkirchen will für Kinder von Bauherren die Beitragsfreiheit für Kindergärten. Lüdinghausen muss sich den Veränderungen stärker stellen und dazu gehört ein Haushalt, der Perspektiven aufzeigen kann. Er muss unter anderem folgendes darstellen: Ein auf die Bedürfnisse der Eltern und Kinder zugeschnittenes Angebot in Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen, dazu gehören auch Öffnungszeiten, die den tatsächlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen.

Das ist zwar kein Allheilmittel, aber unerlässlicher Baustein um für junge Familien attraktiv zu sein. Das gilt in gleichem Maße für die Infrastruktur, sprich Sportplätze.

Ganztagsschulen müssen in Lüdinghausen die Regel werden und nicht die Ausnahme bleiben. Die demographische Entwicklung muss noch stärker in unsere Konzeption eingebunden werden.

Das sind Bausteine für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und wir sind erst am Anfang des Weges. Der weitere Weg wird nur mit einem ausgeglichenen Haushalt zu schaffen sein.

Die Ernsthaftigkeit, mit der die SPD-Fraktion diese Konsolidierung betreibt, habe ich bereits an den Abwassergebühren deutlich gemacht, denn nur so ist unser Ja zu interpretieren. Wie ernsthaft es aber der stellvertretende Bürgermeister Jo Weiland mit der Konsolidierung meint, erschließt sich mir nicht ganz. Wie sonst ist der Satz.“ „für die Musikschule werden wir immer Geld haben“ zu interpretieren. Ohne Frage ist die Musikschule für alle hier wichtig und auf einem guten Weg, aber einen Blanko-Scheck auszustellen passt nicht in den Prozess der Entschuldung. Auch da vermisste ich die Ernsthaftigkeit bei der CDU.

Wenn wir jetzt nicht konsolidieren, dann wird uns das in den nächsten Jahren nicht gelingen, davon bin ich überzeugt. Die SPD-Fraktion stellt sich der Verantwortung der Haushaltskonsolidierung. Angesichts der demographischen Entwicklung ist ein Ausgleich notwendiger denn je. Mit Hilfe der Gemeindeprüfungsanstalt muss das innerhalb der nächsten 3 Jahre zu schaffen sein, trotz aller damit verbundenen schmerzlichen Maßnahmen. Wir erwarten aber von allen anderen Parteien keine Lippenbekenntnisse à la Musikschule und erst recht keine Klientelpolitik. Wir erwarten nicht nur, wir fordern, dass hier alle ehrlich an einem Strang ziehen, denn dieser Weg wird kein leichter sein. Aber dieser Weg ist für das zukünftige Lüdinghausen der einzig gangbare.

Die SPD-Fraktion fordert die CDU auf, die Haushaltskonsolidierung endlich ernst zu nehmen. Nicht alles was die GPA vorschlägt, wird auch 1 zu 1 umzusetzen sein, das ist allen klar, aber was machbar ist, muss auch gemacht werden und der Bürger wird es akzeptieren, wenn es gerecht gemacht wird. Versprechungen und Klientelpolitik gefährden daher unsere Zukunftsfähigkeit. Setzen Sie Diese nicht aufs Spiel. Vielleicht wird dann 2010 auch in unserem Lokalteil von einer frohen Kunde zu berichten sein.

Die SPD Fraktion wird dem Haushalt mehrheitlich mit großen Vorbehalten zustimmen, der CDU empfiehlt sie, die Glaubwürdigkeit auch bei unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zu verspielen.

Michael Spiekermann-Blankertz